

Neue Daten zu Alzheimer

BASEL. Roche wird neue Daten zu seinem Alzheimer-Portfolio an der internationalen Alzheimer-Konferenz AAIC vom 12. bis 15. Juli in London vorstellen. Im Mittelpunkt stehen Langzeitdaten zum Wirkstoff Trontinemab sowie Daten zum Bluttest Elecsys pTau217, wie der Pharmakonzern am Dienstag mitteilte. Trontinemab ist ein experimenteller Antikörper, der auf das Eiweiß Amyloid-beta abzielt, das sich im Gehirn von Alzheimer-Patienten ablagert. In einer laufenden Phase-Ib/Iia-Studie werden Langzeitdaten zu Sicherheit, Amyloid-Abbau und Biomarkern präsentiert. Erstmals wird Roche auch das Design der Phase-III-Studie Preventron vorstellen, die Trontinemab bei kognitiv unbeeinträchtigten Personen mit erhöhtem Alzheimer-Risiko untersucht. Für den Bluttest Elecsys pTau217, der kürzlich die CE-Zulassung für die Diagnose von Alzheimer in der Primär- und Sekundärversorgung erhalten hat, werden Daten zur Testleistung in beiden Versorgungsstufen präsentiert. *awp*

12 Millionen Überschuss

BASEL. Der Basler Große Rat hat einstimmig die Jahresrechnung 2025 mit einem Überschuss von 12 Millionen Franken genehmigt. Budgetiert war ursprünglich ein Defizit von 16 Millionen Franken. Die Steuereinnahmen fielen um 59 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Einkommenssteuern blieben unter den Erwartungen. Die Unternehmenssteuern schlossen jedoch über dem Budget ab und auch die Ausschüttung der Kantonalbank entlastete die Rechnung. Im Vorjahr hatte der Kanton noch einen Überschuss von 106 Millionen verzeichnet. *sda*

Pumpen sind am Limit

SISSACH. Der Gemeinderat von Sissach BL hat den Aufruf zum Wassersparen erneuert. Der Verbrauch sei vor allem abends und nachts deutlich erhöht. „Die Wasserpumpen zur Verteilung des Wassers laufen am Limit“, heißt es auf der Gemeinde-Webseite. Aus diesem Grund und wegen der weiterhin fehlenden Niederschläge und der Trockenheit seien alle dazu aufgerufen, sparsam mit dem Wasser umzugehen. Der Gemeinderat bittet, auf die Bewässerung von Rasenflächen, das Waschen des Autos und das Nachfüllen privater Schwimmbäder zu verzichten. Bereits im Juni riefen mehrere Baselbieter Gemeinden zum Wassersparen auf. Im ganzen Kanton Basel-Landschaft gilt zurzeit absolutes Feuerverbot im Wald und an den Waldrändern. Sissach geht einen Schritt weiter und untersagt aufgrund der ausgetrockneten Böden jegliches Feuer außerhalb des Siedlungsgebiets. Der Gemeinderat erwägt zudem ein generelles Feuerwerksverbot für die bevorstehende Bundesfeier, sofern sich die Situation in den kommenden zwei Wochen nicht verbessert. *sda*

Ruf nach auskömmlicher Finanzierung

Die neueste Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hat ermittelt, was sich die Bürger von der neuen Landesregierung wünschen. Vieles davon wird auf kommunaler Ebene umgesetzt. Doch das kann nur funktionieren, wenn das Geld dort hinfließt.

■ Von Alexandra Günzschel

KREIS LÖRRACH. Baden-Württemberg hat eine nicht ganz so neue Landesregierung. Zwar heißt der Ministerpräsident nun nicht mehr Winfried Kretschmann, sondern Cem Özdemir, doch bleibt es bei einer grün-schwarzen Koalition im Ländle. Ein paar Mitglieder der Landesregierung sind neu hinzugekommen, andere haben die Ministerien gewechselt. Insgesamt jedoch ergibt sich ein Bild der Kontinuität. Verändert hat sich vor allem der Anteil an CDU-Mitgliedern in der Landesregierung. Beide Koalitionspartner liegen nun fast gleichauf und kommen gemeinsam auf rund 60 Prozent der Wählerstimmen. Gute Voraussetzungen, um tatsächlich etwas zu bewegen, sofern sich Grüne und CDU einig sind.

1006 Online-Interviews geführt

Was die Bevölkerung von der neuen Landesregierung erwartet, war Gegenstand der jüngsten Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die Ergebnisse stützen sich auf 1006 Online-Interviews, die einen repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 16 Jahren abbilden. In weiten Teilen, so ein Ergebnis dieser Umfrage, deckt sich die Agenda der Bevölkerung mit dem vereinbarten Koalitionsvertrag. Demnach soll die neue Landesregierung vor allem für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen, die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern, die Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Doch die ange-



spannte finanzielle Lage des Landes und der Kommunen macht das Regieren nicht einfach. Die Landesregierung muss sich entscheiden, wo sie das knappe Geld einsetzen will.



Podiumsrunde zum Aktionstag „Kommunen am Limit“ im Lörracher Hallenbad, das dringend saniert werden müsste. Foto: Alexandra Günzschel

spannte finanzielle Lage des Landes und der Kommunen macht das Regieren nicht einfach. Die Landesregierung muss sich entscheiden, wo sie das knappe Geld einsetzen will.

Kommunen und Kreise rüsten sich

Derweil bringen sich die Kommunen und Landkreise in Stellung. Schon lange fordern sie lautstark die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Dieser staats- und finanzrechtliche Grundsatz besagt, dass derjenige, der eine öffentliche Aufgabe anordnet, auch die dafür anfallenden Kosten tragen muss. Unter dem Motto „Kommunen am Limit“ wurde jüngst ein bundesweiter Aktionstag durchgeführt, an dem sich auch im Landkreis Lörrach viele Städte und Gemeinden mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen beteiligten. Nach Angaben des Städtetags Baden-Württemberg können rund 87 Prozent der Kommunen im Land in diesem Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen.

Neues Kreisklinikum schlägt zu Buche

Das betrifft auch den Landkreis Lörrach, der derzeit unter den hohen Ausgaben für den Neubau eines Kreisklinikums ächzt. Am Aktionstag verhängte Landrätin Marion Dammann

mit sofortiger Wirkung eine Haushaltssperre für den Landkreis, die bis zum Jahresende gelten soll. Extrem gestiegene Ausgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich hatten sie zu diesem Schritt veranlasst. „Die Kosten, insbesondere in der Eingliederungshilfe, sind in den vergangenen Monaten regelrecht explodiert“, erklärte sie. Eine Mehrbelastung, die im ohnehin schon defizitären Kreishaushalt nicht mehr ohne Weiteres gestemmt werden kann. Deshalb werden nun vakante Stellen nur noch verzögert wiederbesetzt und alle nicht dringend notwendigen Maßnahmen und Projekte zurückgestellt.

Ruf nach auf vor Ort abgestimmten Lösungen

„Das gesamte Jahresdefizit aller bundesdeutschen Kommunen liegt nun bei nahezu 32 Milliarden. Die Aufgabenerfüllung wird zusätzlich durch den Fachkräftemangel erschwert“, ergänzt Christian Renkert, Kreisvorsitzender des Gemeindetags Baden-Württemberg und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Lörrach. In diesen Funktionen listet der amtierende Schliengener Bürgermeister folgende Erwartungen an Bund und Land auf: Renkert will zum einen praktikable, auf die einzelne Situation vor Ort abgestimmte Lö-

sungen, zum anderen soll das Land die im Gesetzgebungsverfahren befindliche Gesundheitsreform dahingehend verändern, dass die Betriebskosten der Krankenhäuser auskömmlich zugewiesen werden. „Bleibt es beim Entwurf kommen auf den Landkreis Lörrach zehn Millionen Euro an Zuschussbedarf für die Betriebskosten des Dreiland-Klinikums zu“, hat er die Kosten grob überschlagen. Städte und Gemeinden müssten dann mit einer noch höheren Kreisumlage rechnen.

Konnexitätsprinzip soll Berücksichtigung finden

Ein Lichtschimmer hat sich bei der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz aufgetan. Bund und Länder wollen sich fortan stärker an das Konnexitätsprinzip halten und das, was sie bestellen, auch bezahlen. Laut Bundeskanzler Friedrich Merz haben die Gemeinden vor allem bei der Kinder- und Jugendhilfe, im Bereich des Bundesteilhabegesetzes und beim Unterhaltsvorschuss mit stark steigenden Kosten zu kämpfen.

Konkret wurde vereinbart, dass der Bund unter bestimmten Voraussetzungen keine Leistungsgesetze mehr beschließt, die für die Gemeinden und gegebenenfalls die Länder keinen entsprechenden Kostenausgleich vorsehen. Falls

die finanziellen Mehrkosten bei Ländern und Kommunen bei mehr als 200 Millionen Euro liegen, so die Zusage, wird der Bund ab dem 1. Oktober 80 Prozent davon übernehmen. Dies gilt jedoch nicht für Auswirkungen von EU-Regelungen und Mehrbelastungen aus Gerichtsurteilen, wie Renkert betont. Auch für die bisher schon aufgelaufenen Milliarden gebe es keine Lösung.

Gesundheitsversorgung soll flächendeckend sein

Laut der Allensbach-Umfrage sehen viele Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs es als zentrale Aufgabe der neuen Landesregierung an, eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen. 90 Prozent halten es für notwendig, dass der Staat mehr in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser investiert. Aber auch die Qualität der Schulen, die innere Sicherheit und eine bessere Verkehrsinfrastruktur sind vielen Teilnehmern sehr wichtig. Mit 30 Prozent stark rückläufig ist der Anteil derjenigen, die von der neuen Landesregierung vor allem die Förderung von Umwelt- und Klimaschutz erwarten. Gespart werden sollte laut den Umfrageteilnehmern nur bei Kulturinstitutionen (72 Prozent) und den Kosten in der landeseigenen Verwaltung (82 Prozent).

Fünf Jahre Innovation und Engagement

Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der DHBW gibt es Einblicke in Innovationsprojekte mit Unternehmen aus der Region.

KREIS LÖRRACH. Der Innopreneur-Circle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Lörrach feiert am Freitag, 17. Juli, sein fünfjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass lädt die Hochschule Unternehmen, Duale Partner, Start-ups sowie weitere Interessierte zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Beginn ist um 14 Uhr im Georg H. Endress Auditorium der DHBW Lörrach. Im Innopreneur-Circle arbeiten Studenten verschiedener Studiengänge reale Fragestellungen aus Unterneh-

men. Im Rahmen interdisziplinärer Projektarbeit entstehen Lösungsansätze für Produkt-, Dienstleistungs- oder Prozessinnovationen. Die Projekte werden gemeinsam mit Dualen Partnern entwickelt und bieten Einblicke in aktuelle Themen des Innovationsmanagements und Unternehmertums.

Im Mittelpunkt der Jubiläumsveranstaltung stehen die Präsentationen der diesjährigen Innovationsprojekte mit den Dualen Partnern Bahnhof Apotheke Lörrach, Glatt GmbH, IMS Gear SE & Co. KGaA sowie



Im Innopreneur-Circle entwickeln Studierende verschiedener Studiengänge gemeinsam mit den Projektleitern Prof. Dr. Heike Walterscheid und Prof. Dr. Matthias Paul Lösungsansätze für aktuelle unternehmerische Herausforderungen. Foto: DHBW Lörrach/Müller

Roche Pharma AG. Ergänzt wird das Programm durch eine Keynote von Dr. Gero Nordmann, Group Chief Project and People Officer der Glatt GmbH, zum Thema Innovation und Unternehmertum. Im An-

schluss besteht beim Apéro Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Fragen zur Barrierefreiheit können vorab an

pr@dhw-loerrach.de gerichtet werden.

➔ Mehr Infos unter: <https://dhw-loerrach.de/dhw-loerrach/aktuelles/detail/2026/7/17/innopreneur-circle-jubilaum>